



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3429

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion der FDP zum Thema Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik durch Plenarbeschluss vom 27. Mai 2004 federführend an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss überwiesen. Der federführende Sozialausschuss hat den Antrag in drei Sitzungen, zuletzt am 9. Dezember 2004, beraten.

Der beteiligte Bildungsausschuss empfahl mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Sowohl den beteiligten Bildungsausschuss als auch den federführenden Sozialausschuss lagen zwei Änderungsanträge vor, über die in alternativer Abstimmung befunden wurde. Für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Umdruck 15/5248, stimmte die Fraktion der CDU. Die Fraktionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprachen sich für die Annahme der von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Formulierung aus. Im Einvernehmen mit dem beteiligten Bildungsausschuss empfiehlt der Sozialausschuss demnach die Annahme des Antrags in der unten stehenden Fassung:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich dafür aus, die Ausbildungsstandards für Erzieherinnen und Erzieher an den Fachschulen weiter zu verbessern. Daneben soll auch die Möglichkeit zu einem Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik eröffnet werden. Auf diese Weise soll mittelfristig die Möglichkeit geschaffen werden, auch Fachpersonal in Kindertagesstätten und anderen Vorschuleinrichtungen mit einer Ausbildung auf Hochschulniveau einzusetzen, wie dies heute bereits in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union üblich ist.

Eine insoweit anzustrebende Angleichung an den europäischen Standard dient insbesondere dem Ziel, Vorschuleinrichtungen stärker auf den von ihnen auch wahrzunehmenden Bildungsauftrag auszurichten.

Eine solche Weiterentwicklung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung soll in enger Abstimmung mit den anderen norddeutschen Bundesländern sowie in Absprache mit den Vertretern der Kommunen und der sonstigen Träger entwickelt werden.“

Andreas Beran
Vorsitzender